

Betrieb & Gewerkschaft

Entlassungen bei Gewinnen? Enteignung angesagt!

Von Politisches Sekretariat | 1. April 2005

Seit Jahr und Tag predigen uns die VertreterInnen der Konzerne und Unternehmerverbände unterstützt von bürgerlichen Politik und Medien den Verzicht: Verzicht auf Lohn, Verzicht auf Arbeitszeitverkürzung und Verzicht auf soziale Leistungen. Das Ergebnis unseres Verzichts sollten sichere Arbeitsplätze sein.

Diese Argumentation, die wir revolutionäre SozialistInnen von Anfang an als Interessenpolitik der Reichen und Einflussreichen erklärt haben, stellt sich nun auch in der beriten Öffentlichkeit offensichtlich als Klassenkampf von oben heraus:

1. Jahre- und jahrzehntelanger Verzicht haben den Arbeitsplatzabbau beschleunigt und die Arbeitsplätze unsicherer gemacht, wie die Rekkordarbeitslosigkeit von offiziell über 5,2 Millionen Erwerbslosen beweist.
2. Gerade die profitabelsten Konzerne vernichten Tag für Tag immer mehr Arbeitsplätze, um noch mehr Gewinne zu machen.

Das beste Beispiel ist hierfür die Deutsche Bank. Dort sind seit Amtsantritt von Ackermann innerhalb von drei Jahren gut 20.000 von früher 85.000 Stellen abgebaut worden. Im gleichen Zeitraum steigerte die Deutsche Bank ihren Gewinn von 167 Mio. Euro im Jahr 2001 auf 2,5 Milliarden Euro im Jahre 2004. Auch das reicht den Groß-AktionärInnen nicht. Ende Februar verkündete Ackermann den Abbau von rund weiteren 10 Prozent der Arbeitsplätze. Die Eigenkapitalrendite müsse von 17 auf 25 Prozent steigen.

Wie die Deutsche Bank so auch andere Großkonzerne: Siemens erzielte 2004 einen Gewinn von 3,4 Mrd. Euro und vernichtete 6000 Arbeitsplätze. Daimler-Chrysler machte 5,8 Mrd. Euro Gewinn und will trotz "Arbeitsplatzsicherungs-Pakt" mit dem Betriebsrat Stellen streichen. MAN steigerte den Gewinn um 62 Prozent und baute 1500 Arbeitsplätze ab. Nicht viel anders sieht es bei Schering, BASF, Postbank, Deutsche Telekom und RWE aus.

Diese Politik der Arbeitsplatzvernichtung im Interesse der Profitsteigerung sorgt in weiten Kreisen der Bevölkerung für Empörung. Das reicht nicht. Die Empörung muß in Widerstand umgewandelt werden. Wir müssen eine andere Logik durchsetzen: Mindesteinkommen von 1500 Euro für alle, Verbot von Entlassungen und radikale Arbeitszeitverkürzung! Zudem ist es heute wieder möglich, im Betrieb und auf der Straße mit den Lohnabhängigen über die Enteignung der Konzerne zum Nutzen der gesellschaftlichen Mehrheit zu reden. Und da sollten wir bei Unternehmen anfangen, die wie die Deutsche Bank massenhaft Arbeitsplätze bei gleichzeitigen Rekordgewinnen vernichten.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Freitag den 1. April 2005
in der Kategorie: **Betrieb & Gewerkschaft, RSB4.**